

Dringliche überparteiliche Interpellation

Dringlichkeit
gewährt

Neue Organisation der Sozialbehörde: Was ist der Stand der Umsetzung?

Am 13.12.2023 hat der Stadtrat entschieden die Aufgabe der Sozialbehörde dem Gesamtgemeinderat zuzuordnen und ihr eine beratende Fachkommission zur Seite zu stellen und damit das Reglement über die Sozialhilfekommission aufzuheben.

Siehe auch Punkte 3 und 4 des Beschlusses vom 13.12.2023:

3. Unter Vorbehalt, dass die neue Stadtordnung in der Volksabstimmung angenommen und vom AGR genehmigt wird und den Ausschluss der Delegation von Entscheidbefugnissen erlaubt, unterbreitet er dem Stadtrat **rechtzeitig eine Änderung des Organisationsreglements** mit Inkrafttreten am 1. Januar 2025, **die den Gemeinderat als Sozialbehörde bestimmt und eine Delegation der damit verbundenen Entscheidbefugnisse ausschliesst.**
4. **Er schafft** im Organisationsreglement **die rechtliche Grundlage für eine beratende Fachkommission** (Kommission ohne Entscheidbefugnis) für Fragen der individuellen Sozialhilfe, die namentlich zu Geschäften im Bereich der Sozialbehörde Empfehlungen abgibt. Die Einzelheiten sind in einer Verordnung zu regeln.

Spätestens per 1. Januar 2025 sollte diese Struktur operativ sein, da die neue Stadtordnung von der Stimmbevölkerung angenommen wurde. Es stellen sich deshalb folgende Fragen:

1. Wurden die Rechtsgrundlagen im Organisationsreglement für die Sozialbehörde und beratende Kommission geschaffen?
2. Wurden Abklärungen zur möglichen Zusammensetzung der beratenden Kommission vorgenommen?
3. Wurden Personen angefragt in der Kommission mitzuarbeiten bzw. eine Ausschreibung dafür vorbereitet und durchgeführt?
4. Wenn die obigen Fragen nicht positiv beantwortet werden können, wie begründet der Gemeinderat die Nichtumsetzung des Beschlusses, obwohl er ein Jahr Zeit hatte und der Stadtrat einen klaren Auftrag erteilt hat, so dass spätestens per 1. Januar 2025 die Sozialbehörde nach der neuen Struktur (Gemeinderat und beratende Begleitkommission) zu arbeiten hat?
5. Und wie gedenkt der Gemeinderat die Umsetzung des Beschlusses zeitnah sicherzustellen, so dass nicht ein rechtloser Zustand herrscht und der Entscheid des Stadtrates übergangen wird?

Biel/Bienne, 20.11.2024



Ruth Tennenbaum, Fraktion Grünes Bündnis



Nina Schlup, Fraktion SP/Juso



Ruth Kilezi et Kady Boly, Groupe PSR